Allein 2020 fielen rund 10 Millionen Arbeitsplätze in der Kultur- und Kreativwirtschaft der Pandemie zum Opfer. Dies geht aus einem Bericht „Re|Shaping policies for creativity“ der UNESCO hervor, der am vergangenen Dienstag veröffentlicht wurde.

Darin analysiert die UNESCO die globalen kulturpolitischen Trends der letzten Jahre. In ihrem vorgelegten Weltbericht zur Kulturpolitik mahnt die UNESCO Veränderungen an, um die Vielfalt kultureller Ausdrucksformen besser zu schützen. Die Auswirkungen der Corona-Krise hätten Kunst und Kultur stark zugesetzt. Schätzungen der UN-Organisation zufolge fielen allein 2020 rund 10 Millionen Arbeitsplätze in der Kultur- und Kreativwirtschaft der Pandemie zum Opfer. Der Bericht „Re|Shaping policies for creativity“ analysiert die globalen kulturpolitischen Trends der letzten Jahre.

Pandemie verschärft prekäre Arbeitsbedingungen

Laut der UNESCO-Studie wurden die öffentlichen Ausgaben für Kunst und Kultur bereits vor der Pandemie in vielen Ländern der Welt zurückgefahren. In der Krise sei der Kreativsektor dadurch besonders in Mitleidenschaft gezogen worden, was die oft ohnehin schon schwierigen Arbeitsbedingungen im Kulturbereich verschärft habe. Nach Zahlen der Weltkulturorganisation hatte die Branche in den untersuchten Ländern 2020 Einnahmenverluste zwischen 20 und 40 Prozent zu verkraften.

Die Pandemie habe deutlich gemacht, wie unzureichend Kulturschaffende abgesichert sind. Ihre Arbeitsbedingungen müssten verbessert werden. Neben einem Mindestlohn schlagen die Autorinnen und Autoren der Studie die Einführung von Renten- und Krankenversicherungssystemen für Freischaffende vor. In Deutschland existiert mit der Künstlersozialkasse bereits ein solches Modell.

Digitalisierung gerecht gestalten

Die zunehmende Verlagerung kultureller Angebote auf digitale Plattformen sei durch die Pandemie beschleunigt worden, so der Bericht. Daraus ergäben sich Chancen, aber es sei dringend notwendig, neue Vergütungssysteme zu entwickeln. So seien die Einnahmen von Streaming-Diensten zwar deutlich gestiegen, aber nur die wenigsten Künstlerinnen und Künstler würden direkt davon profitieren. Die Mehrheit habe ihre pandemiebedingten Einnahmeausfälle durch Streaming-Angebote nicht ausgleichen können.

Viele Plattformen würden ihre Gesamteinnahmen zunächst bündeln und neu verteilen, was vor allem eine kleine Zahl bekannter und reichweitenstarker Acts begünstige. Im Gegensatz

zu diesem vorherrschenden Modell schlägt der Bericht eine gerechtere Vergütung der abgerufenen Inhalte vor.

Unterschiede weiter groß

Laut der UNESCO nimmt die Bedeutung der Kultur- und Kreativwirtschaft für den Welthandel weiter zu. Allerdings zeigten sich dabei große Unterschiede. So werde etwa der Handel mit kulturellen Dienstleistungen von Staaten des Globalen Nordens dominiert. Auf sie entfielen 95 Prozent aller Exporte in diesem Bereich. Angesichts dieses Ungleichgewichts stellt der Bericht fest, dass in der Entwicklungszusammenarbeit zu wenig Mittel für den Kulturbereich zur Verfügung stehen. Der Kreativbranche in den Empfängerländern werde dadurch die Möglichkeit genommen, zu einem nachhaltigen wirtschaftlichen Wachstum beizutragen.
Auch in Sachen Geschlechtergerechtigkeit sieht die UNESCO Handlungsbedarf. So wird aktuellen Zahlen zufolge weltweit nur etwa ein Drittel aller nationalen Kunstpreise an Frauen verliehen. Besonders in Führungspositionen seien sie weiter unterrepräsentiert. Um diesem Missstand zu begegnen, schlagen die Autorinnen und Autoren der Studie vor, die öffentliche Finanzierung von Kunst und Kultur an Maßnahmen zur Gleichstellung der Geschlechter zu knüpfen.

Hintergrund

Der Weltbericht zur Kulturpolitik dient dem Monitoring der UNESCO-Konvention über den Schutz und die Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen. Er beleuchtet kulturpolitische Trends, Fortschritte und Herausforderungen weltweit und formuliert Empfehlungen für die nachhaltige Entwicklung der Kreativbranche. Der Bericht wurde erstmals 2015 vorgelegt und erscheint in diesem Jahr zum dritten Mal. Eine deutschsprachige Kurzfassung wird im Mai 2022 veröffentlicht.
Die UNESCO-Generalkonferenz hat am 20. Oktober 2005 die Konvention über den Schutz und die Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen verabschiedet. 150 Länder und die Europäische Union haben die Konvention seither ratifiziert. Sie garantiert dauerhaft das Recht auf eine eigenständige Kulturpolitik der Vertragsstaaten und soll zur Intensivierung globaler Kulturkooperation beitragen. Die Konvention trat am 18. März 2007 in Kraft. Deutschland hat sie am 12. März 2007 ratifiziert. Als nationale Kontaktstelle gestaltet die Deutsche UNESCO-Kommission die Fortentwicklung der Umsetzungspraxis des UNESCO-Übereinkommens über den Schutz und die Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen aktiv mit.
weitere Informationen: www.unesco.de

Related Post

Jung, dynamisch, kulturell!

Landschaftspflege mit Pfeifen

Fordernde Fotografie

Kunst und Kultur in Gefahr!